

**Satzung über das Verfahren
zur Abwahl eines Rektoratsmitglieds oder eines Dekans / einer Dekanin
durch die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer
(Abwahlsatzung)**

vom 30.01.2019

Aufgrund von § 8 Abs. 5 i.V.m. § 18a Abs. 6 sowie § 24a Abs. 5 Satz 2 des Landeshochschulgesetzes (LHG) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2018 (GBl. S. 85) geändert worden ist, hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Heidelberg gemäß § 19 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 LHG am 30.01.2019 die nachfolgende Abwahlsatzung beschlossen.

I. ALLGEMEINES

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für die Abwahl
 - a) eines Mitglieds des Rektorats (§ 18a LHG)
 - b) einer Dekanin / eines Dekans (§ 24a LHG)
- (2) Auf die Abwahl der Dekanin oder des Dekans durch die Mitglieder der Gruppe nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LHG im Großen Fakultätsrat findet diese Satzung bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 24a Abs. 6 LHG keine Anwendung.

§ 2 Für die Abwahl stimmberechtigte Personen

- (1) Stimmberechtigt sind die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, welche sowohl am Tag der Bekanntmachung der Zulassung des Abwahlbegehrens als auch am Tag vor dem ersten Abstimmungstag der Hochschule (im Fall des § 1 Abs. 1 a)) bzw. der betreffenden Fakultät (im Fall des § 1 Abs. 1 b)) als Mitglied der Gruppe gem. § 10 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LHG angehören.
- (2) Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, die durch Kooptation weiteren Fakultäten angehören, sind im Falle einer Abwahl nach § 18a LHG in diesen nicht stimmberechtigt.

§ 3 Abwahlausschuss, Wahlleitung

- (1) Die Durchführung des Verfahrens nach § 1 Abs. 1 a) obliegt einem Abwahlausschuss, dem die oder der Vorsitzende des Hochschulrats sowie zwei weitere vom Hochschulrat bestimmte Mitglieder des Hochschulrats angehören
- (2) Die Durchführung des Verfahrens nach § 1 Abs. 1 b) obliegt dem Rektorat als

Abwahlausschuss. Vorsitzende/r ist gem. § 16 Abs. 1 Satz 1 LHG der Rektor/die Rektorin.

- (3) Der jeweilige Abwahlausschuss oder die oder der Beauftragte nach § 18a Abs. 5 Satz 4 LHG beauftragt die mit der Durchführung von Wahlen befasste Person der Hochschule mit der Vorbereitung der im Rahmen des Abwahlverfahrens erforderlichen Beschlüsse und der organisatorischen Durchführung des Abwahlverfahrens (Wahlleitung). Sie sind gegenüber der Wahlleitung insofern weisungsbefugt.

§ 4 Fristen

Auf die Berechnung der in dieser Satzung bestimmten Fristen finden die Vorschriften der §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. Die Fristen verlängern oder ändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fällt. Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist nach Satz 1 am letzten Arbeitstag um 15:00 Uhr ab. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

II. VERFAHREN

§ 5 Zulassung des Abwahlbegehrens

- (1) Zur vorzeitigen Beendigung der Amtszeit eines Rektoratsmitglieds oder bedarf es eines Antrags (Abwahlbegehren), der von mindestens 25 % der stimmberechtigten Mitglieder gem. § 2, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung im Fall des § 1 Abs. 1 a) der Hochschule, im Fall des § 1 Abs. 1 b) der Fakultät angehören, unterzeichnet sein muss.
- (2) Das Abwahlbegehren ist spätestens vier Wochen nach der ersten Unterschrift bei dem oder der Vorsitzenden des Abwahlausschusses einzureichen. Es muss die Person sowie das Amt nennen, das durch die Abwahl beendet werden soll. Werden mehrere Unterschriftslisten vorgelegt, muss aus diesen zweifelsfrei erkennbar sein, dass es sich um dasselbe Abwahlbegehren handelt. Sollen mehrere Rektoratsmitglieder abgewählt werden, ist für jedes Rektoratsmitglied ein gesondertes Abwahlbegehren zu führen. Das Abwahlbegehren muss zu jeder Unterzeichnung aufführen:
 - a) Laufende Nummer,
 - b) Name, Vorname der unterzeichnenden Person,
 - c) persönliche und handschriftliche Unterzeichnung,
 - d) Datum der Unterschrift,
 - e) Zuordnung zu Einrichtung,
 - f) Zuordnung zu Fakultät.

Das Abwahlbegehren soll auch die Begründung des Vertrauensverlustes enthalten.

- (3) Der Zeitpunkt des Eingangs des Abwahlbegehrens ist zu dokumentieren. Der Abwahlausschuss entscheidet innerhalb von drei Wochen nach Eingang über die Zulassung des Abwahlbegehrens. Das Abwahlbegehren ist zuzulassen, wenn es vorschriftsmäßig gestellt ist.
- (4) Wird das Abwahlbegehren zugelassen, so informiert der Abwahlausschuss innerhalb von drei Arbeitstagen die Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll und macht die Zulassung nach Maßgabe der Satzung der Hochschule gem. § 8 Abs. 6 LHG bekannt. In der Bekanntmachung werden die Person und das Amt, das durch die

Abwahl beendet werden soll, genannt. Die Bekanntmachung soll gemeinsam mit der Bekanntmachung über die Aussprache (vgl. § 6) und die Abstimmungstage (§ 8) erfolgen.

- (5) Wird das Abwahlbegehren nicht zugelassen, wird die Entscheidung nach Maßgabe der Satzung der Hochschule gem. § 8 Abs. 6 LHG unter Nennung des Eingangsdatums und der einschlägigen Rechtsvorschrift im LHG, aber ohne Nennung der Person und des Amt, das durch die Abwahl beendet werden sollte, veröffentlicht.
- (6) Hat eine stimmberechtigte Person oder die Person, deren Amt durch das Abwahlbegehren beendet werden soll, Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung über die Zulassung des Abwahlbegehrens, so kann sie binnen drei Arbeitstagen nach der Zulassung des Abwahlbegehrens unter Angabe der Gründe beim Abwahlausschuss schriftlich Widerspruch gegen die Entscheidung einlegen. Die Schriftform gilt auch bei Übermittlung in elektronischer Form als gewahrt. Nach Ablauf der Frist können weitere Bedenken nicht mehr geltend gemacht werden. Über den Widerspruch entscheidet unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Arbeitstagen, der oder die Vorsitzende des Abwahlausschusses.

§ 6 Hochschul- bzw. fakultätsöffentliche Aussprache

- (1) Vor Abstimmung über das Abwahlbegehren ist eine hochschul- bzw. fakultätsöffentliche Aussprache durchzuführen. Diese findet im Fall des § 1 Abs. 1 a) in einer gemeinsamen Sitzung des Senats und des Hochschulrats, im Fall des § 1 Abs. 1 b) in einer Sitzung des Fakultätsrats statt. Die Sitzung wird im Fall des § 1 Abs. 1 a) geleitet von dem/der Vorsitzenden des Hochschulrats, im Fall des § 1 Abs. 1 b) von der Stellvertretung des Dekans/der Dekanin. Äußerungen der Anwesenden sind zulässig. Es gilt die Verfahrensordnung der Pädagogischen Hochschule vom 28.06.2007, soweit nicht in dieser Abwahlsatzung etwas Abweichendes geregelt ist.

Der Abwahlausschuss legt Ort und Zeitpunkt der Aussprache fest. Der Termin für die hochschulöffentliche Aussprache muss spätestens fünf Wochen nach Bekanntmachung der Zulassung des Abwahlbegehrens durchgeführt werden. Der Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll, soll Gelegenheit gegeben werden, Terminwünsche zu äußern. Die Ladungsfristen der Gremien können angemessen verkürzt werden. Der Abwahlausschuss veröffentlicht Ort und Zeitpunkt der Aussprache sowie den Kreis der jeweils teilnahmeberechtigten Personen nach Maßgabe der Satzung der Hochschule gem. § 8 Abs. 6 LHG.

- (2) In der Bekanntgabe ist auf folgende Punkte hinzuweisen:
 - a) Hinweis auf ein zulässiges Abwahlbegehren mit dem/den Namen des /der Abzuwählenden
 - b) Begründung für das Abwahlbegehren
 - c) Hinweis, dass Äußerungen aus der Hochschulöffentlichkeit zugelassen sind.
- (3) Der Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll, ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie kann zu der Aussprache eine Person ihres Vertrauens hinzuziehen.

§ 7 Stellungnahme

- (1) Im Anschluss an die Aussprache beraten die zuständigen Gremien nichtöffentlich über

das Abwahlbegehren.

- (2) Senat, Hochschulrat und Fakultätsrat beschließen jeweils, soweit zuständig, eine Stellungnahme zu dem Abwahlbegehren. Dabei sollen sie auf Basis der Gründe des Abwahlbegehrens sowohl die in der hochschulöffentlichen Aussprache geäußerten Aspekte als auch die Stellungnahme des betroffenen Rektoratsmitglieds/der betroffenen Rektoratsmitglieder berücksichtigen.
- (3) Der Abwahlausschuss gibt die Stellungnahme unter Beachtung der § 18a Abs. 3 Satz 4, § 24a Abs. 3 Satz 4 LHG bekannt.

§ 8 Vorbereitung der Abstimmung

- (1) Die Abstimmung erfolgt im Fall des § 1 Abs. 1 a) an drei bzw. im Fall des § 1 Abs. 1 b) an zwei aufeinanderfolgenden Werktagen spätestens sechs Wochen nach Bekanntmachung der Zulassung des Abwahlbegehrens. Der Abwahlausschuss setzt die Abstimmungstage, angemessene Abstimmungszeiträume und die Abstimmungsorte (Wahllokale) fest.
- (2) Der Abwahlausschuss kann abweichend von § 10 ausschließlich die Briefwahl anordnen. In diesem Fall setzt der Abwahlausschuss unter Beachtung der Fristen in §§ 18a Abs. 2, 24a Abs. 2 LHG den Zeitpunkt fest, bis zu dem die Wahlbriefe bei der Wahlleitung eingegangen sein müssen.
- (3) Der Abwahlausschuss macht die Abstimmungstage nach Maßgabe der Satzung der Hochschule gem. § 8 Abs. 6 LHG spätestens vierzehn Tage vor Beginn des ersten Abstimmungstages bekannt. Die Bekanntmachung hat zu enthalten
 - a) Den Gegenstand der Abstimmung (Name der abzuwählenden Person, zugelassenes Abwahlbegehren)
 - b) die Termine der Abstimmungstage und die Abstimmungszeit,
 - c) die Lage der Wahllokale und ggf. die Zuweisung der Stimmberechtigten zu diesen Wahllokalen,
 - d) Ort und Zeitpunkt der Auszählung und der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses,
 - e) den Hinweis, dass nur abstimmen darf, wer in das für die Abwahl anzulegende Verzeichnis der Stimmberechtigten (Abs. 5) eingetragen ist,
 - f) die Erklärung, dass die Abstimmung durch persönliche Stimmabgabe oder durch Briefwahl erfolgen kann und dass jeweils nur mit amtlichen Stimmzetteln beziehungsweise bei der Briefwahl mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abgestimmt werden darf,
 - g) den Hinweis, dass Briefwahlunterlagen nur bis zum dritten Arbeitstag vor dem ersten Abstimmungstag beantragt und ausgegeben werden können,
 - h) den Hinweis, dass bei einer Abwahl nach § 18a LHG eine stimmberechtigte Person, die Mitglied mehrerer Fakultäten ist, nur in einer Fakultät abstimmungsberechtigt ist,
 - i) den Hinweis, bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Auskünfte, Berichtigungen oder Ergänzungen des Verzeichnisses der Stimmberechtigten beantragt werden können,
 - j) den Hinweis, dass sich die Stimmberechtigten vor der Stimmabgabe ausweisen müssen.
- (4) Die Wahlleitung bestellt in der Regel zwei Personen pro Wahllokal, die die Abstimmung in den Wahllokalen leiten und die Stimmzettel auszählen (Abstimmungsausschüsse). Die Mitglieder der Abstimmungsausschüsse dürfen nicht demselben Organ angehören

wie die Person, deren Amt durch das Abwahlbegehren beendet werden soll. Bei der Bestellung sind die Mitglieder schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben zu verpflichten.

§ 9 Verzeichnis der Stimmberechtigten

(1) Die stimmberechtigten Personen sind nach Fakultäten getrennt in Verzeichnisse einzutragen (Verzeichnisse der Stimmberechtigten). Die Aufstellung der Verzeichnisse obliegt der Wahlleitung. Die Verzeichnisse müssen zu jeder stimmberechtigten Person folgende Angaben enthalten:

- a) laufende Nummer,
- b) Familienname,
- c) Vorname,
- d) Akademische Titel,
- e) Fakultätszugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer Hochschuleinrichtung.

Die Verzeichnisse der Stimmberechtigten müssen darüber hinaus Raum für folgende Angaben vorsehen:

- f) Vermerk über Stimmabgabe,
- g) Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen,
- h) Bemerkungen.

(2) Für die Erstellung der Verzeichnisse gilt § 6 Abs. 1 HWO entsprechend. Die Verzeichnisse sind spätestens eine Woche nach dem Tag der Bekanntmachung der Zulassung des Abwahlbegehrens für mindestens fünf Arbeitstage während der Dienstzeit bei der zentralen Verwaltung der Hochschule zur Einsicht auszulegen bzw. zu öffnen. Für die Bekanntmachung der Auslegung gilt § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 HWO.

(3) Das Recht auf Auskunft, Berichtigung oder Ergänzung beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person. Zur Überprüfung der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Verzeichnis eingetragenen Personen haben Stimmberechtigte nur dann ein Recht auf Auskunft, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Verzeichnisses ergeben kann. Berichtigungen sind unverzüglich bei der Wahlleitung unter Angabe der Gründe zu beantragen.

(4) Das Verzeichnis der Stimmberechtigten kann bis zum Tag vor dem ersten Abstimmungstag vom Abwahlausschuss berichtigt und ergänzt werden. Änderungen sind als solche kenntlich zu machen, in der Spalte „Bemerkungen“ zu erklären und mit Datum und Unterschrift, im automatisierten Verfahren anstelle der Unterschrift mit einem entsprechenden Hinweis, zu versehen.

(5) Vor Beginn der Abstimmung ist das Verzeichnis endgültig abzuschließen. Dabei ist zu bestätigen

- a) die Zahl der eingetragenen Stimmberechtigten, getrennt nach Fakultäten,
- b) die Zahl der Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten.

Bei automatisierter Führung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten ist vor der Bestätigung ein Ausdruck herzustellen.

§ 10 Durchführung der Abstimmung in den Wahllokalen

- (1) Der Abstimmungsausschuss leitet die Abstimmung und sorgt für einen ordnungsgemäßen Ablauf, insbesondere für die Freiheit der Abstimmung und die Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses. Das Wahllokal darf während der Abstimmungszeit nicht abgeschlossen werden; während dieser Zeit müssen mindestens zwei Mitglieder des Abstimmungsausschusses im Wahllokal anwesend sein. Der/die Vorsitzende des Abstimmungsausschusses hat sich vor Beginn der Stimmabgabe zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind; dann hat er/sie die Wahlurnen zu verschließen. Die Wahlurnen sind so zu verwahren, dass zwischen den Abstimmungszeiten Stimmzettel weder eingeworfen noch entnommen werden können.
- (2) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel verwendet werden. Die Stimmzettel benennen das Abwahlbegehren und die Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll; sie sehen Felder für die Stimmabgabe mit der Möglichkeit der Zustimmung, der Ablehnung und der Enthaltung vor. Für die Abstimmung nach § 18a LHG müssen die Stimmzettel die Fakultät erkennen lassen.
- (3) Die persönliche Stimmabgabe erfolgt mittels eindeutiger Kennzeichnung. Die stimmberechtigte Person kann ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben. Personen, die durch körperliche Beeinträchtigungen gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.
- (4) Zum Zwecke der Stimmabgabe weist sich die stimmberechtigte Person durch Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises oder des Mitgliedsausweises oder, wenn dies nicht möglich ist, auf Verlangen auf andere Weise über ihre Person aus. Der Abstimmungsausschuss prüft die Stimmberechtigung durch Einsicht in das Verzeichnis der Stimmberechtigten. Stellt der Abstimmungsausschuss das Stimmrecht fest, erhält die stimmberechtigte Person den Stimmzettel, begibt sich ohne das Wahllokal zu verlassen an den für die geheime Stimmabgabe vorgesehenen Platz, füllt den Stimmzettel aus und faltet ihn einzeln so, dass die Stimmabgabe nicht erkennbar wird. Anschließend wirft die stimmberechtigte Person oder ein Mitglied des Abstimmungsausschusses den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne. Der Abstimmungsausschuss vermerkt die Stimmabgabe im Verzeichnis der Stimmberechtigten.
- (5) Der Abstimmungsausschuss hat eine Person zurückzuweisen,
 - a) die nicht im Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragen ist,
 - b) deren Identität nicht eindeutig geklärt werden kann,
 - c) die bereits einen Stimmabgabevermerk im Verzeichnis der Stimmberechtigten hat, es sei denn sie weist nach, dass sie noch nicht gewählt hat,
 - d) die das Abstimmungsgeheimnis nicht wahrt,
 - e) die erkennbar mehrere gleiche oder einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel in die Wahlurne werfen will.
- (6) Die oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses stellt den Ablauf der Abstimmungszeit fest: Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahllokal anwesenden stimmberechtigten Personen zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt, so erklärt die oder der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen. Für jeden Zeitabschnitt oder Tag der Abstimmung ist entsprechend zu verfahren. Die oder der Vorsitzende hat in diesem Fall am letzten Abstimmungstag die Gesamtabstimmung für geschlossen zu erklären.
- (7) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat der Abstimmungsausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.

- a) die Bezeichnung des Ausschusses,
- b) die Namen und Funktionen seiner Mitglieder,
- c) die Abstimmungstage und jeweils Beginn und Ende der Abstimmungszeiten,
- d) die Zahl der in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragenen Personen, getrennt für jede Fakultät,
- e) die Zahl der Personen, die tatsächlich an der Abstimmung teilgenommen haben, getrennt für jede Fakultät,
- f) die Unterschriften aller Mitglieder des Abstimmungsausschusses.

Der Abstimmungsausschuss übergibt nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der Wahlleitung die Niederschrift und alle Wahlunterlagen.

§ 11 Durchführung der Abwahl durch Briefwahl

- (1) Eine stimmberechtigte Person, die zum Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, die Abstimmung im Wahllokal vorzunehmen, erhält auf persönlichen Antrag durch Brief, Fax oder E-Mail bei der Wahlleitung für die Abstimmung einen Briefwahlschein und Briefwahlunterlagen (Stimmzettel, Wahlumschlag und Wahlbriefumschlag). Der Briefwahlschein wird von der Wahlleitung erteilt. Die Ausgabe von Briefwahlscheinen und die Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen ist im Verzeichnis der Stimmberechtigten zu vermerken. Briefwahlunterlagen können nur bis zum fünften Arbeitstag vor dem letzten Abstimmungstag beantragt und ausgegeben werden.
- (2) Die Wahlumschläge müssen undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein und die Fakultät erkennen lassen.
- (3) Der Wahlbriefumschlag muss den Vermerk "Briefwahl" tragen und mit der Anschrift der Wahlleitung versehen sein. Der Wahlbriefumschlag muss die Fakultät erkennen lassen. Die stimmberechtigte Person trägt die Kosten der Rücksendung; sie ist hierauf hinzuweisen.
- (4) Bei der Briefwahl kennzeichnet die stimmberechtigte Person den Stimmzettel und steckt ihn in den amtlichen Wahlumschlag. Sie bestätigt auf dem Briefwahlschein durch Unterschrift, dass sie den beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat, legt den Briefwahlschein mit dem Wahlumschlag in den amtlichen Wahlbriefumschlag und verschließt diesen.
- (5) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief am letzten Abstimmungstag bis zum Ende der Abstimmungszeit bei der Wahlleitung eingeht. Das Risiko des rechtzeitigen Zugangs trägt die stimmberechtigte Person. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, auf den am letzten Abstimmungstag eingehenden Wahlbriefumschlägen zusätzlich die Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe unverschlossen, so ist dies auf diesen Wahlbriefen zu vermerken.
- (6) Die eingegangenen Wahlbriefe sind unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren. Die Wahlleitung händigt die eingegangenen Wahlbriefe zu Beginn der Auszählung dem Abstimmungsausschuss aus.
- (7) Die Mitglieder des Abstimmungsausschusses öffnen die eingegangenen Wahlbriefe und entnehmen den Briefwahlschein und den Wahlumschlag. Anhand der Briefwahlscheine wird die Stimmberechtigung durch Abgleich mit dem Verzeichnis der Stimmberechtigten überprüft. Anschließend werden die Briefwahlscheine gezählt. Stimmzettelumschläge aus nicht zurückgewiesenen Wahlbriefen werden nach im Verzeichnis der Stimmberechtigten vermerkter Stimmabgabe von einem Mitglied des Abstimmungsausschusses geöffnet; der Stimmzettel wird unter Beachtung des

Wahlgeheimnisses entnommen und ohne entfaltet worden zu sein in die Wahlurne geworfen.

- (8) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn
- a) er nicht bis zum Ende der Abstimmungszeit eingegangen ist,
 - b) er unverschlossen eingegangen ist,
 - c) die Wahl durch persönliche Stimmabgabe erfolgt ist,
 - d) dem Wahlbrief kein Wahlumschlag beigelegt ist, oder der Wahlumschlag nicht amtlich gekennzeichnet oder mit einem Kennzeichen versehen ist oder wenn er außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand enthält,
 - e) dem Wahlbrief kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt ist,
 - f) der oder die Stimmzettel sich nicht in einem Wahlumschlag befinden.

In den Fällen des Satzes 1 liegt eine Stimmabgabe durch Briefwahl nicht vor.

- (9) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und ohne Öffnung des Wahlumschlages verpackt als Anlage der Niederschrift beizufügen.

§ 12 Ermittlung des Abstimmungsergebnisses

- (1) Die Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses erfolgt entsprechend § 24 HWO im Falle einer Abwahl nach § 18a LHG hochschulöffentlich, im Falle einer Abwahl nach § 24a LHG fakultätsöffentlich.
- (2) Das Abstimmungsergebnis wird von den Abstimmungsausschüssen unverzüglich ermittelt. Die Bildung von Zählgruppen, die mindestens aus zwei Mitgliedern des Abstimmungsausschusses bestehen müssen, ist zulässig.
- (3) Der Abstimmungsausschuss entnimmt die Stimmzettel der Wahlurne und zählt sie getrennt nach den einzelnen Fakultäten. Ihre Zahl muss jeweils mit der Anzahl der Stimmabgabevermerke im Verzeichnis der stimmberechtigten Personen übereinstimmen. Ergibt sich auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Niederschrift anzugeben und - soweit möglich - zu erläutern.
- (4) Sodann ermittelt der Abstimmungsausschuss die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel, getrennt nach den einzelnen Fakultäten. Ungültig sind Stimmzettel,
 - a) die als nichtamtlich erkennbar sind,
 - b) die durchgerissen oder durchgestrichen sind,
 - c) die über die Stimmabgabe hinaus Eintragungen enthalten oder ein auf die abstimmende Person hinweisendes Merkmal enthalten,
 - d) aus denen sich der Wille der abstimmenden Person nicht zweifelsfrei ergibt,
 - e) die keine Stimmabgabe enthalten.
- (5) Der Abstimmungsausschuss ermittelt aus den gültigen Stimmzetteln für jede Fakultät das Abstimmungsergebnis:
 - a) die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - b) die Zahl der jeweils auf die Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung zum Abwahlbegehren entfallenden Stimmen.
- (6) Die Wahlleitung hat die von den Abstimmungsausschüssen getroffenen Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln nachzuprüfen und gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen. Die Wahlleitung ermittelt das Endergebnis. Dafür stellt sie fest

- a) die Zahl der jeweils auf die Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung zum Abwahlbegehren in den Fakultäten und insgesamt entfallenden Stimmen,
 - b) die gemessen an der Gesamtzahl der stimmberechtigten Personen für das Abwahlbegehren in den Fakultäten und insgesamt zustimmend abgegebenen Stimmen in Prozent.
- (7) Die Abwahl eines hauptamtlichen Rektoratsmitglieds ist gem. § 18a Abs. 4 Satz 2 LHG erfolgreich, wenn die Mehrheit der an der Hochschule vorhandenen wahlberechtigten Mitglieder der Gruppe nach § 10 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 LHG für die Abwahl stimmen und diese Mehrheit an mindestens der Hälfte aller Fakultäten erreicht wird. Die Abwahl einer Dekanin oder eines Dekans ist gem. § 24a Abs. 4 Satz 2 LHG erfolgreich, wenn die Mehrheit der fakultätsangehörigen wahlberechtigten Mitglieder der Gruppe nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LHG für die Abwahl stimmt.

§ 13 Niederschrift

- (1) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat die Wahlleitung eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung und für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.
- (2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten:
- a) die Bezeichnung der Abstimmungsausschüsse,
 - b) die Namen und Funktionen seiner Mitglieder,
 - c) die Abstimmungstage, den Beginn und das Ende der Abstimmung,
 - d) die Gesamtzahl, getrennt für jede Fakultät und insgesamt,
 - der in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragenen Personen,
 - der Personen, die tatsächlich an der Abstimmung teilgenommen haben,
 - der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - e) das festgestellte Endergebnis,
 - f) die Unterschriften der Wahlleitung.

Der Niederschrift der Wahlleitung sind beizufügen

- a) die Niederschriften der Abstimmungsausschüsse,
- b) die Stimmzettel sowie die Wahlumschläge, Briefwahlscheine und Wahlbriefumschläge aus der Briefwahl,
- c) die Verzeichnisse der Stimmberechtigten,
- d) alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke oder elektronischen Speichermedien.

§ 14 Feststellung des Abstimmungsergebnisses

Der Abwahlausschuss stellt fest, ob das Abwahlbegehren erfolgreich war und veröffentlicht das Abstimmungsergebnis nach Maßgabe der Satzung der Hochschule gem. § 8 Abs. 6 LHG. In der Veröffentlichung werden die Person und das Amt, das durch die Abwahl beendet werden soll, genannt. Die Bekanntmachung enthält darüber hinaus die Zahl der Stimmberechtigten, der gültigen Stimmabgaben und die prozentuale Wahlbeteiligung. Bei einer Abwahl nach § 18a LHG werden die oben genannten Angaben auch getrennt nach Fakultäten aufgeführt.

§ 15 Widerspruch gegen das Ergebnis der Abstimmung

- (1) Die Abstimmung ist mit der Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses nach § 14 gültig.
- (2) Hat eine stimmberechtigte Person oder die Person, deren Amt durch das Abwahlbegehren beendet werden sollte, Zweifel an der Gültigkeit des Abstimmungsergebnisses, so kann sie binnen eines Monats nach Bekanntmachung des Ergebnisses unter Angabe der Gründe beim Abwahlausschuss Widerspruch gegen die Abstimmung einlegen. Nach Ablauf der Frist können weitere Bedenken nicht mehr geltend gemacht werden. Der Abwahlausschuss legt den Widerspruch der Wahlleitung zur Stellungnahme vor.
- (3) Über den Widerspruch entscheidet bei einem Abwahlbegehren nach § 18a LHG die oder der Vorsitzende des Hochschulrats, bei einem Abwahlbegehren nach § 24a LHG die Rektorin oder der Rektor. Sie oder er kann sich zusätzlich die Niederschriften mit den Anlagen vorlegen lassen. Hält sie oder er den Widerspruch für berechtigt, so hat sie oder er die Feststellung über das Ergebnis des Abwahlbegehrens aufzuheben und eine neue Feststellung anzuordnen oder die Abstimmung ganz oder teilweise für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungsabwahl anzuordnen. Sie oder er hat die Abstimmung ganz oder teilweise für ungültig zu erklären, wenn wesentliche Bestimmungen des Abstimmungsverfahrens verletzt worden sind, es sei denn, dass durch den Verstoß das Abstimmungsergebnis nicht geändert oder beeinflusst werden konnte.
- (4) Soweit eine stimmberechtigte Person an der Ausübung ihres Abstimmungsrechts gehindert war, weil sie nicht oder fehlerhaft in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragen war, oder hat eine Person an der Abstimmung teilgenommen, die fehlerhaft in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragen war, stellt dies keine Verletzung wesentlicher Bestimmungen im Sinne von Absatz 3 dar.
- (5) Entscheidungen nach Absatz 3 sind innerhalb von einem Monat nach der Stellungnahme der Wahlleitung zu treffen. Eine Wiederholung der Abstimmung ist innerhalb von sechs Wochen durchzuführen.

§ 16 Aufbewahrung der Abstimmungsunterlagen

Die gesamten Abstimmungsunterlagen sind frühestens nach Ablauf von drei Monaten nach Bekanntgabe des Abwahlergebnisses, spätestens nach rechtskräftiger Entscheidung über die Anfechtung der Abwahl, zu vernichten.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft.

Heidelberg, den 30.01.2019

Prof. Dr. Hans-Werner Huneke
Rektor